**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 25 (1946)
**Heft:** 11

**Artikel:** Brief an den Präsidenten Truman
**Autor:** Wallace, Henry A.
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-335425

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

gedeutet. Für die dringenden und aktuellen Aufgaben der Gesundheitspolitik, die bei der Revision des KUVG gelöst werden müssen, kann auf die Mitarbeit der Ärzte nicht verzichtet werden. Niemand hat ein Interesse daran, die Masse der Versicherten gegen die Ärzte auszuspielen oder die Ärzte aus der Diskussion auszuschalten. Umgekehrt aber müssen wir auch von den Ärzten erwarten, daß sie sich nicht von Vorurteilen oder Schlagworten wie «Verbeamtung» blenden und ihr Urteil trüben lassen. Es wäre zu wünschen, daß sich alle Ärzte die ausgezeichneten Gedanken ihres Kollegen Dr. B. Lang, Langenthal, zu eigen machten:

«Wenn wir also anerkennen, daß den allgemeinen Lebensbedingungen für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Einzelnen eine ungeheure Bedeutung zuzumessen ist, so werden wir uns weniger dagegen sträuben, jene Voraussetzungen zu schaffen, die, zusammengefaßt, den Begriff der sozialen Sicherheit ausmachen. Wir werden also einer Ausdehnung der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Errichtung des Mütterschutzes, der Altersversicherung nicht nur nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern wir werden als Ärzte diese Einrichtungen freudig und tatkräftig fördern helfen ... Wenn wir einmal den gesetzlichen Anspruch aller Volkskreise auf die oben erwähnten Sicherheitsmaßnahmen grundsätzlich anerkennen, so sind wir hernach moralisch durchaus berechtigt, die Praxis dieser Versicherungseinrichtungen so zu organisieren, daß sie nicht aus einer beabsichtigten Wohltat zu einer ungewollten Plage werde.»

HENRY A. WALLACE

# *Brief an den Präsidenten Truman*

Mein lieber Herr Präsident! 23. Juli 1946.

Ich hoffe, Sie werden mir diesen langen Brief nicht übelnehmen. Was mich anbetrifft, schreibe ich sehr ungern lange Briefe und bin ungehalten, wenn ich solche erhalte.

Ich habe nur eine Entschuldigung: das Thema meines Briefes ist äußerst wichtig, wahrscheinlich gibt es heute nichts auf der Welt, was ihm an Bedeutung gleichkommt. Ich erwähnte die Angelegenheit, als wir letzten Donnerstag zusammentrafen, und nach der Ministerratssitzung vom Freitag

gaben Sie mir zu verstehen, daß Sie gerne meine Ansichten zur Kenntnis nehmen würden.

Ich bin mehr und mehr beunruhigt über die Entwicklung, die sich seit Kriegsende auf internationalem Gebiet anbahnt, und mehr noch durch die scheinbar immer weitere Kreise des amerikanischen Volkes ergreifende Überzeugung, einem neuen Kriege entgegenzugehen, dem dieses Land, wie behauptet wird, nur ausweichen könne, indem es sich bis an die Zähne bewaffne. Und doch beweist die Geschichte, daß ein Wettrüsten nicht zum Frieden, sondern zum Krieg führt. Die kommenden Monate können sehr wohl darüber entscheiden, ob die zivilisierte Welt zerstört werden soll, nachdem die verschiedenen Nationen in fünf bis zehn Jahren mit der Atombombe ausgerüstet sein werden. Ich möchte Ihnen daher auseinandersetzen, wie nach meiner Ansicht dieses Hintreiben auf einen bewaffneten Konflikt, wie es heute deutlich wird, vermieden werden kann.

Es mag Ihnen seltsam vorkommen, daß ich ausgerechnet im jetzigen Moment solchen Befürchtungen Ausdruck gebe, nachdem doch in der Konferenz der Außenminister sowohl in bezug auf die Friedensverträge mit mehreren osteuropäischen Staaten wie auch mit Italien wirklich gute Fortschritte gemacht worden sind.

Von anderer Seite wird mit größerem Optimismus auch die Hoffnung geäußert, durch andauernde Verhandlungen auf dieser Grundlage wäre es möglich, noch bessere Ergebnisse zu erzielen, obschon die noch zu lösenden europäischen Fragen ungleich schwieriger sind als die oben erwähnten, bei denen es gelang, sich mehr oder weniger zu einigen.

Ich weiß die Anstrengungen, die von unsern verschiedenen Vertretern gemacht wurden, durchaus zu würdigen, wie auch die Geduld, die sie in ihren Verhandlungen mit den Russen im Laufe der letzten Jahre an den Tag legten.

Ich verkenne ebensowenig die Schwierigkeiten, die die russischen Vertreter machten, und ihre scheinbare Inkonsequenz.

Anderseits glaube ich, daß gerade diese Schwierigkeiten manche von uns, die wir den Gang der Ereignisse als Außenstehende beobachten, zu einer Äußerung unserer Ansichten veranlassen müssen.

### *Die Bürde der Kriegsrüstungen*

Als Handelsminister komme ich mit vielen Geschäftsleuten ins Gespräch. Sie sind sehr besorgt über die Höhe des Budgets und die Bürde unserer

Staatsschuld. Für das kommende und das übernächste Steuerjahr bilden die Bundesausgaben für Landesverteidigung den weitaus größten Posten.

Die im Kongreß für das Jahr 1947 beantragten Gesamtausgaben zum Beispiel belaufen sich auf etwa 36 Milliarden Dollar. Davon entfallen auf das Kriegs- und das Flottendepartement allein 13 Milliarden. Weitere fünf Milliarden Dollar werden eingesetzt für Ausgaben im Zusammenhang mit der technischen Liquidation des vergangenen Krieges. Zehn Milliarden wurden budgetiert für die Verzinsung der Staatsschuld und Zuwendungen an die Kriegsteilnehmer. In Wirklichkeit sind dies hauptsächlich weiterlaufende Kosten für die letzten Kriege. Alle diese Posten machen zusammen 28 Milliarden Dollar aus oder etwa 80 Prozent der Gesamtausgaben des Budgets.

Es ist ganz klar, eine starke Reduktion des Budgets ist nur durch Herabsetzung der Militärausgaben zu erreichen. Dieser Posten macht heute mehr als zehnmal soviel aus, als wir in den dreißiger Jahren dafür einsetzten. Im 1938er Budget war weniger als eine Milliarde Dollar für Landesverteidigung eingesetzt, gegen 13 Milliarden in diesem Steuerjahr. Selbst rein finanziell gesehen, haben demnach die amerikanische Wirtschaft und das amerikanische Volk alles Interesse daran, die Welt so zu organisieren, daß die vollkommen unproduktiven Ausgaben für Landesverteidigung reduziert werden könnten.

Nun sind natürlich Dollar und Cent nicht die einzigen Gründe, warum wir alle eine friedliche Welt erstreben. Der Hauptgrund ist selbstverständlich, daß wir nicht noch einen Weltkrieg durchmachen wollen – besonders nicht einen Atomkrieg, der sicher in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sein wird und leicht den Untergang der modernen Zivilisation bedeuten kann.

Doch müssen wir uns fragen: Konzentrieren wir wirklich alle unsere Anstrengungen auf das Ziel, einen dauernden Frieden zu schaffen?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das amerikanische Volk wünscht und erwartet, daß seine Führer auf einen dauernden Frieden hinarbeiten. Nur muß das Volk notwendigerweise seinen Führern überlassen, die richtigen Mittel und Wege zu finden, um dieses Ziel zu erreichen. Heute, glaube ich, hat man im Volk das Gefühl, daß die Aussichten für die Beseitigung des Krieges schlecht sind, daß andere Völker amerikanische Bestrebungen, einen dauernden Frieden zu schaffen, böswillig hintertreiben.

### *Amerika mit fremden Augen gesehen*

Wie erscheint andern Völkern unser nationales Handeln seit dem Sieg über Japan? Unter dem Ausdruck «Handeln» verstehe ich konkrete Maß-

nahmen wie die Budgetierung von 13 Milliarden Dollar für Kriegs- und Flottendepartements, die Versuche auf Bikini und die fortdauernde Herstellung von Atombomben, den Plan, Lateinamerika mit unsern Waffen auszurüsten, den Bau von Fliegenden Superfestungen und die in Aussicht genommene Herstellung von B-36 und unsere Bemühungen, uns Luftstützpunkte über die halbe Welt zu sichern, von wo aus die andere Hälfte der Welt bombardiert werden kann. Diese Maßnahmen, davon bin ich überzeugt, müssen den andern Völkern den Eindruck einflößen, daß wir am Konferenztisch ein bloßes Lippenbekenntnis zum Frieden abgeben.

Diese Maßnahmen können dahin interpretiert werden, entweder, daß wir uns auf den Krieg, den wir für unvermeidlich halten, vorbereiten, um ihn zu gewinnen, oder, daß wir uns bemühen, eine gewaltige Machtüberlegenheit zu schaffen, um die übrige Welt damit einzuschüchtern.

Wie würde es uns vorkommen, wenn Rußland die Atombombe hätte, und wir nicht; wenn Rußland Bombenflugzeuge mit einem Aktionsradius von 10 000 Meilen besäße und Luftstützpunkte in einem Abstand von 1000 Meilen von unserer Küste?

Einige unserer militärischen Führer und «Realisten», wie sie sich nennen, erklären:

«Warum sollten wir nicht versuchen, ein überlegenes Kriegspotential zu schaffen? Die einzige Möglichkeit, den Frieden zu sichern, besteht darin, dieses Land so zu rüsten, daß niemand wagen kann, uns anzugreifen. Wir wissen, daß Amerika nie einen Krieg beginnen wird.»

Was man dieser Politik vorwerfen kann, ist einzig, daß sie versagen muß. In einer Welt der Atombomben und anderer umwälzender, neuer Waffen, wie zum Beispiel radioaktiver Giftgase und biologischer Kriegführung, kommt ein Friede, der auf einseitiger Machtüberlegenheit beruhen würde, nicht mehr in Frage.

### *Das Atom-Monopol der USA*

Warum nicht? Die Gründe sind offenkundig. Erstens: Die atomenergetische Kriegführung ist billig und leicht im Vergleich mit früheren Kriegen. In wenigen Jahren können mehrere Länder über Atombomben und andere Atomwaffen verfügen. Im Vergleich mit dem Aufwand für große Armeen und der Fabrikation altmodischer Waffen kosten Atombomben sehr wenig und erfordern nur einen relativ kleinen Teil der industriellen Kapazität und der Arbeitskräfte eines Landes. Zweitens: Was den Sieg über den Gegner anbetrifft, so genügt es heute nicht, einfach über mehr Bomben zu verfügen,

als der andere hat – sogar sehr viel mehr Bomben bilden keinen entscheidenden Vorteil. Falls eine andere Nation genügend Bomben besitzt, um alle unsere Großstädte auszuradieren und unsere Schwerindustrie zu vernichten, würde es uns herzlich wenig nützen, wenn wir zehnmal soviel Bomben besäßen, als nötig wäre, um dem Gegner das gleiche anzutun. Drittens (was am wichtigsten ist): Die bloße Tatsache, daß mehrere Nationen Atombomben besitzen, wird unfehlbar bei allen Völkern der Welt einen angstdurchzitterten, zu Kurzschlüssen verleitenden Zustand herbeiführen, und eben weil wir so reich und so leicht verwundbar sind, wären wir unter den am schwersten Betroffenen. Der Atomkrieg wird keine großen und zeitraubenden Vorbereitungen erfordern, keine Mobilisation von großen Armeen, keine Umstellung eines großen Teils der industriellen Anlagen eines Landes auf die Fabrikation von Waffen. In einer Welt, die mit Atomwaffen ausgerüstet ist, wird irgendein Zwischenfall die Verwendung jener Waffen auslösen.

Es gibt militärische Theoretiker, die mit diesen Tatsachen rechnen, die einsehen, daß, wenn mehrere Nationen Atombomben besitzen, ein die moderne Zivilisation zerstörender Krieg resultieren muß und daß keine Nation oder Gruppe von Nationen einen solchen Krieg gewinnen kann. Die Vertreter dieser Anschauung treten darum für einen «Präventivkrieg» ein, für einen Angriff auf Rußland in kurzer Frist, noch bevor es Atombomben besitzt. Dieser Plan ist nicht nur unmoralisch, er ist auch einfältig. Angenommen, wir würden alle russischen Großstädte und die Schwerindustrie zu vernichten suchen, so könnte uns das durchaus gelingen. Aber die sofortige Gegenmaßnahme, die ein solcher Angriff zur Folge hätte, wäre die rasche Besetzung des ganzen europäischen Festlandes durch die Rote Armee. Werden wir uns bereit finden, die Städte von ganz Europa zu zerstören, um zu Ende zu führen, was wir begonnen hatten? Diese Idee widerspricht so sehr allen tiefsten Instinkten und Grundsätzen des amerikanischen Volkes, daß ein solches Vorgehen nur unter der Voraussetzung einer Diktatur in diesem Lande denkbar wäre[1].

So ist beides, die These einer «Machtüberlegenheit» wie die Idee eines «Angriffs um der Verteidigung willen», praktisch nicht durchführbar. Die einzige Lösung ist diejenige, die Sie in so weiser Voraussicht vorgeschlagen haben – der Plan, der die Grundlage der Moskauer Erklärung über Atomenergie bildet. Jene Lösung beruht auf gegenseitigem Vertrauen unter den Nationen, Atomabrüstung und einer wirksamen Kontrolle solcher Abrüstung.

---

[1] Es ist beachtenswert, daß Wallace die Errichtung einer dem Zeitalter der Atombombe entsprechenden Diktatur in den USA nicht in Erwägung zieht, als ob sie a priori undenkbar wäre! — V. G.

Die Moskauer Erklärung, der Acheson-Bericht und der amerikanische Plan, der kürzlich der Atomenergie-Kommission der Vereinten Nationen vorgelegt wurde, sie alle haben jedoch eine verhängnisvolle Schwäche. Sie liegt in dem Bestreben, internationale Verständigung in «schrittweisem Vorgehen» zu erzielen, indem man andere Nationen auffordert, eine Verpflichtung einzugehen, die militärische Anwendung von Atomenergie nicht weiter zu erforschen und zugleich ihre Uranium- und Thorium-Lager bekanntzugeben, während die Vereinigten Staaten das Recht behalten sollen, ihre technischen Kenntnisse der Atomenergie für sich zu behalten, bis das System der internationalen Kontrolle und Inspektion zu ihrer Befriedigung funktioniert.

Mit andern Worten: wir sagen den Russen, wenn sie «brav» seien, werden wir vielleicht einmal ihnen und andern Nationen unsere Forschungsresultate über die Atomenergie zur Verfügung stellen. Aber es gibt keine objektiven Richtlinien über das, was unter «brav» zu verstehen ist, noch wird ein bestimmter Zeitpunkt angegeben, an dem die Bekanntgabe unserer Resultate fällig ist. Soll man sich wundern, wenn die Russen für unsern Plan keine große Begeisterung zeigen? Wären wir vielleicht begeistert, falls die Russen ein Monopol der Atomenergie hätten und sich anerböten, ihr technisches Wissen später einmal, falls und wann es sie gutdünkte, mit uns zu teilen, sofern wir uns verpflichteten, vorläufig nicht zu versuchen, eine Bombe herzustellen, ihnen aber jede Auskunft über unsere geheimen Lager an Uranium und Thorium bekanntzugeben? Ich glaube, wir würden genau so reagieren, wie die Russen reagiert zu haben scheinen. Wir hätten Gegenvorschläge aufgestellt, um unsere Diskussionsbereitschaft zu dokumentieren, aber unsere Hauptbemühungen gingen dahin, selbst eine Bombe herzustellen, um unsere Verhandlungsposition der Position des Gegners anzugleichen. Das ist die Quintessenz der russischen Einstellung, wie sie im «Prawda»-Artikel vom 24. Juni 1946 sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Es ist vollkommen klar, daß ein «Schritt-um-Schritt»-Plan in so einseitiger Form nicht funktionieren kann. Das ganze Abkommen wird auf einmalige und sofortige Wirksamkeit abstellen müssen. Solches Abkommen mag gewisse Schritte oder Etappen zur Voraussetzung haben, aber der Zeitpunkt solcher Etappen muß zum voraus im Hauptvertrag festgelegt werden.

### *Die Reaktion Rußlands*

Realistisch gesehen, hat Rußland zwei Trümpfe, die es in seinen Verhandlungen mit uns ausspielen kann:

1. unsern Mangel an Informationen über den Stand seines wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf dem Gebiete der Atomenergie;

2. die Tatsache, daß wir über seine Uranium- und Thorium-Lager keine Angaben besitzen.

Diese Trümpfe haben bei weitem nicht das Gewicht der unsrigen – ein Vorrat an Bomben, Anlagen, die fortwährend Atombomben produzieren, Fliegende Festungen, 10 000-Meilen-Bomber und Flugstützpunkte über die halbe Welt. Dennoch verlangen wir von Rußland nichts anderes, als daß es seine zwei einzigen Trümpfe sofort auf den Tisch lege, wobei wir Rußland erklären, daß wir, nachdem wir seine Trumpfkarten gesehen haben, uns entscheiden werden, ob wir uns weiter an die Spielregeln halten wollen. Wenn wir aber darauf bestehen, daß das Spiel so gespielt wird, wie wir es wollen, so kommen wir in eine Sackgasse. Die Russen werden hernach ihre Anstrengungen, Atombomben herzustellen, verdoppeln und vielleicht darüber hinaus entscheiden, ihre «Sicherheitszone» in drastischer Weise auszudehnen. Bis jetzt sind ihre Bemühungen, in Osteuropa und im Mittleren Osten eine Sicherheitszone zu schaffen, trotz all unserem Geschrei, militärisch gesehen *unbedeutend* im Vergleich mit unsern Luftstützpunkten in Grönland, Okinawa und manch andern Orten, die Tausende von Meilen von unsern Küsten entfernt sind.

Wir mögen uns sehr charakterfest vorkommen, wenn wir an unserm Plan festhalten, während die Russen sich weigern, ihn anzunehmen, aber das kann nur *eine* Wirkung haben: das Wettrennen in der Atomaufrüstung mit seiner tödlichen Gefahr hat damit begonnen.

Ich bin darum fest überzeugt, daß, wenn wir unsere Hoffnung, zu einem Vertrag über eine wirksame internationale Atomabrüstung zu gelangen, verwirklichen wollen, wir die undurchführbare Form eines «schrittweisen» Vorgehens, wie es der Atomkommission der Vereinten Nationen unterbreitet wurde, aufgeben müssen. Wir müssen uns bereit erklären, ein Abkommen zu treffen, das uns verpflichtet, unsere technischen Resultate bekanntzugeben, unser Lager an Atombomben zu vernichten, und zwar zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in Übereinstimmung mit der Durchführung bestimmter Verpflichtungen seitens anderer Staaten, und nicht zu einer bloß uns gut dünkenden Zeit. Falls wir willens sind, auf dieser Grundlage zu verhandeln, so glaube ich, werden auch die Russen sich bereit finden, ernstlich in Unterhandlungen einzutreten. Natürlich besteht keine absolute Gewißheit, daß die Russen zu einem Abkommen mit uns gelangen, wenn wir uns so einstellen. Sie mögen unter Umständen vorziehen, sich so lange bockig zu stellen, bis sie selbst Bomben besitzen, und auf vorteilhafterer Grundlage

verhandeln können, ohne vielleicht der Gefahr bewußt zu sein, die ihnen und der ganzen Welt daraus entsteht, wenn einmal verschiedene Nationen über Atombomben verfügen.

Aber wir müssen unser Äußerstes tun, um das Atomwettrüsten zu vermeiden. Wir haben alles zu gewinnen, wenn wir uns dafür einsetzen, und geben gleichzeitig nichts preis, wenn wir diese Einstellung zur Verhandlungsgrundlage machen. In der Übergangszeit, die der vollumfänglichen internationalen Kontrolle vorausgeht, bleiben wir im Besitz unserer technischen Spezialkenntnisse und der alleinigen Produktionsanlagen für spaltungsfähige Stoffe; dazu bleiben die bereits hergestellten Bomben innerhalb unserer Landesgrenzen. Der russische Gegenvorschlag an sich ist eine Andeutung, daß sie gewillt sind, ernstlich zu unterhandeln, falls wir dazu bereit sind. In gewisser Hinsicht geht ihr Gegenvorschlag noch weiter als unser Plan und stimmt überein mit den Grundprinzipien unseres Vorschlags, der darauf abzielt, Verletzungen des vorgesehenen Abkommens zu einem nationalen und internationalen Verbrechen zu stempeln, wofür Individuen strafbar sind.

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß ich in der vorausgehenden Diskussion die Frage des sogenannten «Vetos» nicht berührt habe. Ich habe das nicht getan, weil die Veto-Frage in diesem Zusammenhang ganz belanglos ist, denn der Vorschlag, «das Veto abzuschaffen», der für die allgemeine Tätigkeit des Sicherheitsrates einen Sinn hat, ist ohne jede Bedeutung in bezug auf ein Abkommen über die Atomenergie. Wenn wir einen Vertrag mit andern Nationen unterzeichnen, so werden wir uns alle verpflichtet haben, gewisse Maßnahmen durchzuführen. Bis wir zu einem solchen Vertrag gelangen, haben wir, wie die andern Großmächte, das Veto-Recht. Sobald aber das Abkommen ratifiziert ist, wird die Veto-Frage sinnlos. Falls irgendeine Nation jene Vertragsbedingung verletzt, die im Falle eines Verdachtes illegaler Bombenherstellung eine Inspektion erfordert, was bleibt dann noch an Aktionen, die man durch ein Veto aufhalten kann? Wie im Fall irgendeiner andern Vertragsverletzung steht es den Signatarmächten frei, jede beliebige Maßnahme zu treffen, die sie für nötig halten, mit Einschluß der Kriegserklärung.

Ich glaube, daß friedliche Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland heute das wichtigste Problem darstellen, das die Welt zu lösen hat. In Anbetracht der verhältnismäßig zufriedenstellenden Ergebnisse der Pariser Konferenz glauben viele Leute, daß in bezug auf die Beziehungen zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland gute Fortschritte erzielt worden seien. Dieser Glaube beruht – so scheint mir – auf einer Täu-

schung, die aber eher zu vorübergehendem Stillehalten als zu wirklichem Frieden führt.

Wenn wir der Lage heute, Ende Juli 1946, auf den Grund gehen, müssen wir feststellen, daß unsere Handlungen und diejenigen der Westmächte überhaupt die Gefahr eines dritten Weltkrieges in sich tragen – diesmal eines Atom-Weltkrieges. Als die stärkste Einzelnation und die Nation, deren Führung die ganze Welt, außer Rußland und ein paar schwachen Nachbarländern Rußlands in Osteuropa, folgt, haben wir, glaube ich, die Möglichkeit, die Welt dem Frieden entgegenzuführen.

Im großen und ganzen gibt es zwei übergeordnete Standpunkte, die man annehmen kann, wenn man an das Problem der amerikanisch-russischen Beziehungen herantritt.

Die erste Auffassung lautet, daß es unmöglich ist, mit den Russen auszukommen, und daß darum Krieg unvermeidlich ist. Die zweite Auffassung geht dahin, daß ein Krieg mit Rußland eine Katastrophe für die ganze Menschheit wäre und daß wir darum Mittel und Wege finden *müssen*, im Frieden miteinander zu leben.

Es ist klar, daß unser eigenes Wohl so wie das der ganzen Welt erfordert, daß wir uns der zweiten Auffassung anschließen. Ich bin überzeugt, daß das auch Ihre Meinung ist, und die Radioansprache des amerikanischen Außenministers vom 15. Juli zeigt deutlich, daß er gewillt ist, beliebig lange zu verhandeln, um dieses Resultat zu erreichen. Wir müssen versuchen, eine ehrliche Antwort zu erhalten, erstens auf die Frage, welcher Art die Beweggründe sind, die die Russen veranlassen, uns zu mißtrauen, wie auch zweitens, was für Gründe uns dazu führen, Rußland zu mißtrauen. Ich bin nicht überzeugt, daß wir, weder als Nation noch als Regierung, eine zufriedenstellende Antwort auf die eine wie die andere Frage gefunden haben, obwohl uns bewußt ist, daß beide von verhängnisvoller Bedeutung sind.

### *Ursachen des gegenseitigen Mißtrauens*

Unser Mißtrauen den Russen gegenüber, das in den letzten Monaten durch die Aufbauschung unserer Differenzen in der Presse sehr verstärkt worden ist, geht zutiefst auf die Unterschiede in unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung zurück. Zum erstenmal in unserer Geschichte haben Defaitisten unter uns die Furcht erstehen lassen, daß der Demokratie und freiem Unternehmertum ein anderes System gefährlich werden könnte, nicht nur in andern Ländern, sondern vielleicht sogar hier in Amerika. Ich

bin überzeugt, daß wir dieser Herausforderung begegnen können, wie wir es in der Vergangenheit auch getan haben, indem wir beweisen, daß wirtschaftlicher Wohlstand auch ohne die Preisgabe persönlicher, politischer und religiöser Freiheit gesichert werden kann. Wir können dieser Herausforderung nicht durch einen Anti-Komintern-Pakt begegnen, wie dies Hitler zu tun versuchte. Wir vergessen vielleicht zu gerne, daß trotz den tiefgehenden Unterschieden, trotz intensiver antirussischer Propaganda in den Jahren 1918 bis 1941 das amerikanische Volk, als es in den Krieg verwickelt wurde, seine Haltung radikal änderte. Heute, unter dem Druck scheinbar unlösbarer internationaler Probleme und sich wiederholender Verhandlungsstokkungen, stellt sich die amerikanische öffentliche Meinung wieder gegen Rußland ein. In diesem stimmungsmäßigen Umschwung liegt eine der Gefahren, die mich veranlassen, diesen Brief zu schreiben.

Ich würde die Faktoren, die dem russischen Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt überhaupt zugrunde liegen, wie folgt aufzählen:

Der erste Faktor ist die russische Geschichte, die wir in Betracht ziehen müssen, weil sie der Hintergrund ist, auf dem die Russen alle Handlungen und Politik der übrigen Welt betrachten. Die russische Geschichte ist seit tausend Jahren nichts anderes als eine Reihe von oft erfolglosen Versuchen, fremden Einfällen und Eroberungen zu widerstehen, von den Mongolen an gerechnet bis zu den Türken, Schweden, Deutschen und Polen.

Die knappen dreißig Jahre des Bestehens der Sowjetregierung sind in den Augen der Russen eine Fortsetzung ihres historischen Kampfes um ihre nationale Existenz. Die ersten vier Jahre des neuen Regimes, von 1917 bis 1921, brachten verwüstende Einfälle durch Japan, Großbritannien und Frankreich unter amerikanischer Unterstützung, nebst verschiedenen weißrussischen Feldzügen, die durch die Westmächte eingeleitet und finanziert wurden. 1941 schließlich wurde der Sowjetstaat durch die Deutschen fast auf die Knie gezwungen, nachdem während einer Reihe von Jahren die westeuropäischen Mächte der Wiederaufrüstung Deutschlands offenbar zugestimmt hatten, im Vertrauen darauf, daß die Nazi eher nach Osten als nach Westen ausfallen würden. Die Russen sehen sich darum in einem ständigen Kampf um ihre Existenz inmitten einer feindlichen Welt.

Zweitens ergibt sich daraus, daß alle die Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen der Westmächte den Russen eine aggressive Absicht zu enthalten scheinen. Unsere Maßnahmen, die darauf abzielen, unser militärisches Sicherheitssystem auszudehnen – Unternehmungen wie zum Beispiel die Bewaffnung der ganzen westlichen Hemisphäre unter neuer Auslegung der Monroe-

doktrin, unser gegenwärtiges Monopol der Atombombe, unser Interesse an fernabliegenden Stützpunkten wie die Unterstützung, die wir dem Britischen Weltreich in seiner Außenpolitik gewähren – alle diese Unternehmungen, sage ich, scheinen den Russen weit über Verteidigungsnotwendigkeiten hinauszugehen.

Ich glaube, wir kämen zu ähnlichen Schlüssen, wenn die Vereinigten Staaten das einzige kapitalistische Land der Welt wären und die sozialistischen Großmächte um uns eine bewaffnete Macht aufbauen würden, die weit über das hinaus ginge, was sie in der Vergangenheit je besessen hätten.

In den Augen der Russen mag auch die Gewährung einer Anleihe an England unter gleichzeitiger Weigerung, Rußland beim Wiederaufbau finanziell beizustehen, ein weiterer Beweis sein für die Stärkung eines Anti-Sowjet-Blocks.

Unser Widerstand schließlich gegen Rußlands Anstrengungen, eisfreie Häfen zu gewinnen, wie auch gegen sein ganzes Sicherheitssystem in Nachbarstaaten, die seiner Form «freundlich» gesinnt sind, scheint, vom russischen Standpunkt aus gesehen, seine These vollends zu bekräftigen. Nachdem Rußland nach fünfundzwanzigjähriger Isolierung die Stellung einer Großmacht erlangt hat, glaubt es ein Recht zu haben, diese neue Stellung anerkannt zu sehen. Unsere Bemühungen in Osteuropa, wo im großen und ganzen Demokratie überhaupt nie Fuß gefaßt hatte, dieses Regime zu etablieren, scheint den Russen ein Versuch zu sein, die Sowjetunion, wie nach dem letzten Krieg, mit unfreundlich eingestellten Staaten zu umgeben, die dann möglicherweise als Sprungbrett benützt werden könnten für einen erneuten Versuch, Rußland zu vernichten.

Wenn diese Analyse stimmt – und es liegen genügend Beweise für ihre Richtigkeit vor –, so ergibt sich klar, was getan werden muß, um die Situation zu verbessern. Das Hauptziel jeder solchen Aktion sollte sein, berechtigte Gründe russischen Mißtrauens und russischer Furcht zu zerstreuen. Wir müssen uns bewußt werden, daß die Welt sich geändert hat und daß heute die Idee einer «unteilbaren Welt» nicht denkbar ist, es sei denn, die Vereinigten Staaten und Rußland finden eine Methode des Zusammenlebens. Zum Beispiel sind die meisten von uns fest überzeugt, daß wir eine gute Sache verfechten, wenn wir die Internationalisierung und Entmilitarisierung der Donau oder der Dardanellen fordern, aber wir wären entsetzt und höchst aufgebracht, sollten die Russen in einem Gegenvorschlag die Internationalisierung und Defortifikation des Suez- oder des Panamakanals verlangen. Wir müssen einsehen, daß den Russen beide Vorschläge identisch vorkommen.

Wir sollten von neuem unvoreingenommen festzustellen suchen, was die

Russen für ihre Sicherheit als wesentlich betrachten, als Voraussetzung für die Schaffung des Friedens und für die Zusammenarbeit im Aufbau einer Weltordnung. *Wir sollten bereit sein, Rußlands Forderungen im Hinblick auf das zu beurteilen, was wir selbst und das Britische Reich als für unsere Sicherheit notwendig erachten.* Der im Juni und Juli in bezug auf den italienischen und andere Friedensverträge erzielte Fortschritt berechtigt zur Hoffnung, daß wir in diesem Punkt uns werden einigen können.

### *Zwei Systeme können nebeneinander bestehen*

Wir sollten die Vetofrage im Zusammenhang mit der Atomenergie nicht weiter verfolgen, da sie belanglos ist und nie hätte aufgeworfen werden sollen. Wir sollten bereit sein, über einen Vertrag zu verhandeln, der eine bestimmte Reihenfolge von Maßnahmen festlegt als Vorbereitung für die internationale Kontrolle über die Entwicklung der Atomenergie. Dies, glaube ich, ist das wichtigste Einzelproblem. Es ist das Problem, bei dessen Lösung die heutige Meinungsentwicklung uns in eine Sackgasse zu führen droht, statt uns einer Einigung entgegenzuführen.

Wir sollten einen Versuch machen, der hysterischen Angst vor Rußland, welche von gewissen Individuen und Presseerzeugnissen im amerikanischen Volke *systematisch gezüchtet* wird, entgegenzuwirken. Das Schlagwort, das behauptet, Kommunismus und Kapitalismus könnten nicht nebeneinander in derselben Welt bestehen, ist – historisch gesehen – bloße Propaganda. Mehrere religiöse Auffassungen, die alle den Anspruch machten, die einzig wahre Heilsbotschaft zu sein, existieren seit Jahrhunderten mehr oder weniger friedlich nebeneinander. Die Vereinigten Staaten waren in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens eine demokratische Insel in einer von absolutistischen Staaten beherrschten Welt.

Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als fühlten wir uns in der heutigen Welt bedroht. Wir sind die bei weitem stärkste Macht der Welt, die einzige unter den alliierten Mächten, die ohne Verwüstung und viel stärker als vorher aus dem Krieg hervorging. Alles Gerede unserseits von der Notwendigkeit, unsere Verteidigung weiter auszubauen, muß andern Nationen als Heuchelei erscheinen.

Wir sollten uns auch bereit finden, wirtschaftliche Verhandlungen zu führen, ohne zu verlangen, daß die Russen sich *schon im voraus* auf für sie schwierige politische und wirtschaftliche Konzessionen einlassen. Obwohl dieses Gebiet mein Departement in erster Linie unmittelbar angeht, muß

ich zugeben, daß nach meiner Auffassung diese Seite des Problems von geringerer Tragweite ist als gewisse andere, sicher viel weniger wichtig als die Frage der Kontrolle der Atomenergie. Aber erfolgreiche Verhandlungen auf diesem Gebiet könnten beträchtlich dazu beitragen, die Kluft zwischen uns zu überbrücken.

Die Frage eines Anleihens sollte auf rein wirtschaftlicher und sachlicher Grundlage in Angriff genommen werden; von Mißverständnissen, die sich aus der Verschiedenheit unserer Systeme ergeben, sollten wir uns dabei nach Möglichkeit distanzieren. Sie, Herr Präsident, haben bereits mit aller Deutlichkeit erklärt, daß das amerikanische Anleihen an Großbritannien nichts zu tun hat mit der Unterstützung sowjetfeindlicher Politik. Wenn wir dieser Erklärung eine Anleihe an Rußland, auf kaufmännischer Grundlage und unter ähnlichen Bedingungen, hätten folgen lassen, so hätte dies, glaube ich, deutlich demonstriert, daß die USA nicht versuchen, ihre wirtschaftlichen Mittel in den Dienst der Machtpolitik zu stellen. In Anbetracht der gegenwärtigen Lage der Export-Import-Bank ist es von äußerster Wichtigkeit, daß wir sobald als möglich allgmeine wirtschaftliche Verhandlungen beginnen.

### *Handelsbeziehungen zwischen USA und USSR*

Es ist von höchster Wichtigkeit, daß wir die wirtschaftlichen Probleme der Russen und unsere zukünftigen Handelsbeziehungen auf freundschaftlicher Grundlage mit ihnen besprechen. Das Wiederaufbauprogramm der USSR und die Pläne für die weitere Entwicklung der Sowjetunion eröffnen unserer Ausfuhr und unsern Technikern gewaltige Möglichkeiten. Amerikanische Produkte, hauptsächlich Maschinen aller Art, haben sich in der Sowjetunion gut eingeführt, zum Beispiel amerikanische Ausrüstung, Prozesse und Methoden, die Norm in der Kohlenindustrie, in Eisen- und Stahlwerken, bei der Ölgewinnung usw.

Es ist auch nicht zu befürchten, daß dieser Handel sich einseitig gestalten würde. Obwohl der Sowjetunion gegenüber langfristige Kredite gerechtfertigt waren, müssen doch schließlich Waren- und Arbeitsleistungen, die dieses Land exportiert, von den Russen bezahlt werden in Form von Export nach den USA oder andern Ländern. Russische Produkte, an denen entweder ein ausgesprochener Mangel bei uns herrscht oder die wenigstens unsere Produktion nicht konkurrenzieren, sind verschiedene nicht-eisenhaltige Erze, Pelze, Leinenwaren, Holzwaren, pflanzliche Drogen, Papier, Holzfaser und handwerkliche Erzeugnisse.

Ich glaube, Verhandlungen über die Herstellung von Handelsbeziehungen könnten dazu beitragen, den Nebel politischer Mißverständnisse zu beseitigen. Solche Verhandlungen könnte man gut in die Wege leiten, während wir versuchen, eine gemeinsame Grundlage in Fragen der Sicherheit zu finden, und wenn sie im richtigen Geist geführt werden, werden sie jenes Problem lösen helfen.

In dem Memorandum, das ich Ihnen im März zukommen ließ und das ich durch General Walter Bedell-Smith (Botschafter der USA) nach Moskau übermitteln wollte, machte ich gewisse Vorschläge für Handelsbesprechungen in den USA. Ich möchte hiermit meinen damaligen Vorschlag wieder aufnehmen und die Abordnung einer Handelsmission nach Moskau beantragen. Eine solche Mission könnte sich als Ziel setzen, Vorschläge auszuarbeiten für den russischen Wiederaufbau wie auch für die russische Mitarbeit an der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen wir gemeinsame Interessen haben, wie zum Beispiel im Mittleren Osten. Wie ich schon damals feststellte, bin ich gerne bereit, Vorschläge für die Zusammensetzung einer solchen Mission und die besonderen wirtschaftlichen Probleme, die von ihr zu behandeln wären, zu unterbreiten.

Das Handelsdepartement hat bereits in Verbindung mit dem Außenamt beschlossen, für die Monate Juli und August zwei Vertreter für vorbereitende Verhandlungen von engerem Umfang nach Moskau zu schicken. Es ist wohl bezeichnend, daß die meisten der optimistischen Berichte über die Möglichkeiten, sich mit den Russen zu verständigen, von amerikanischen Geschäftsleuten stammen. Ich denke dabei an Männer wie Wendel Willkie, Eric Johnston und den früheren Botschafter Joe Davis. Die Russen scheinen den kapitalistischen Geschäftsleuten wohlgesinnt zu sein und sie zu achten.

Eine Anzahl von Beobachtern haben berichtet, die Sowjetführer seien «Isolationisten». Es gehe ihnen ein tieferes Verständnis für die Grundsätze und die Denkweise anderer Nationen ab. Wir müssen immerhin zugeben, daß sie seinerzeit auf die Anzeichen eines kommenden zweiten Weltkrieges hinwiesen und in ihrer Forderung kollektiver Sicherheit das Mittel zu dessen Verhinderung zeigten. Abgesehen davon, sollten wir, scheint mir, zur Überwindung ihres Isolationismus und ihrer Unwissenheit etwas Konstruktives tun, und da, glaube ich, könnte die erwähnte Handelsmission recht viel erreichen. Sie, Herr Präsident, dürften dasselbe beabsichtigt haben, als Sie Ministerpräsident Stalin einluden, Amerika zu besuchen.

Viele von den Problemen, die sich auf die Nachbarstaaten Rußlands beziehen, könnten leichter gelöst werden, wenn einmal eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wäre und irgendeine Form von wirtschaftlicher Ab-

machung mit Rußland zustande käme. Auch hier wäre eine Diskussion über wirtschaftliche Fragen von Nutzen. Der russischen wirtschaftlichen Durchdringung der Donaugebiete zum Beispiel könnte der Vorschlag einer gemeinsamen Entwicklung der Hilfsquellen des Donaubeckens entgegengesetzt werden. Es wäre dies konstruktiver als der bloße Widerstand gegen die einseitige Durchdringung, der zur Überwindung des wirtschaftlichen Chaos in jenen Gebieten nichts beizutragen vermag.

Ein solcher Vorschlag erfordert nun allerdings eine gewisse Umstellung in unserem Denken. Diese Umstellung müssen wir unbedingt fertigbringen. Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren. Unsere Aktionen seit Ende des Krieges sind noch nicht den Lehren, die aus der Zusammenarbeit während der Feindseligkeiten gewonnen werden konnten, angepaßt worden. Es sind nicht *die* Aktionen, welche das Atomzeitalter erfordert.

Es ist sicher wünschenswert, daß wir uns im eigenen Lande über die internationalen Angelegenheiten einig sind, aber eine Einigkeit, die sich auf der Schürung von Streit in andern Ländern gründete, wäre nicht nur unvernünftig, sondern direkt verhängnisvoll. Ich fürchte, daß wir in unserem Bestreben, die Einigkeit unserer beiden Parteien herbeizuführen, dem Isolationismus, der sich als Realismus in internationalen Angelegenheiten maskiert, zu sehr nachgegeben haben.

### *Wirkliche Sicherheit*

Worauf es ankommt, ist einzig die Sicherung internationaler Einigkeit. Es wird zwecklos sein, eine Lösung für die vielen Einzelprobleme der Friedensverträge und die Aufstellung einer internationalen Ordnung zu suchen, solange wir nicht eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen haben. Zugegeben, die Aufgabe ist nicht leicht. Es ist gar keine Frage, wie auch Außenminister Byrnes bestätigte, daß die Verhandlungen mit den Russen schwierig sind. Sie müssen schwierig sein in Anbetracht unserer kulturellen Verschiedenheit, in Anbetracht des überlieferten russischen Isolationismus, und nicht zuletzt, weil die Russen für jede Konzession, die sie machen, einen konkreten Gegenwert verlangen.

Die Schwierigkeiten sind aber nicht unüberwindlich, wenn wir uns bewußt werden, daß für andere Länder unsere Außenpolitik nicht in unsern Grundsätzen besteht, sondern in der Art, wie wir handeln. Wir kommen damit auf einen früher erwähnten Punkt zurück, auf die Tatsache, daß

unsere nationale Sicherheit, wie wir sie in der Vergangenheit verstanden haben, in einer mit Atomwaffen gerüsteten Welt nicht länger durch militärische Mittel gewährleistet werden kann. Die einzige Art von Sicherheit, die durch unsere eigene militärische Macht garantiert werden kann, ist die Sicherheit, wie sie ein hoher Offizier vor der Atomenergie-Kommission des Senates schilderte. Er verspricht uns Sicherheit gegen eine Invasion, nachdem alle unsere Städte und etwa 40 Millionen unserer städtischen Bevölkerung durch Atomwaffen vernichtet worden sind. Das ist das Maximum an «Sicherheit», das man uns auf der Grundlage militärischer Rüstungen zu bieten hat. Es ist nicht die Art von Sicherheit, nach der unser Volk und die Völker der andern Vereinten Nationen streben.

Ich glaube, daß fortschrittliche Führung nach den oben erwähnten Vorschlägen den Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes am besten dienen würde. Solche Führung würde die in die Zukunft weisende Einstellung, die die Demokratische Partei in internationalen Angelegenheiten für sich in Anspruch nimmt, neu beleben. Solche Führung würde schließlich der neuen Entwicklung zum Isolationismus und zum Grauen eines Atomkrieges ein Ende setzen.

(Übersetzt von Paul Furrer, Zürich.)

REINHOLD TSCHÄPPÄT

# *Ueber die Bedeutung des Nürnberger Prozesses*

Mit der Abweisung der Begnadigungsgesuche und mit dem Vollzug der Todesstrafen ist der Nürnberger Prozeß nicht zur bloßen historischen Reminiszenz geworden. Auf Grund der staatspolitischen und staatsrechtlichen Entwicklung seit mindestens 130 Jahren darf angenommen werden, daß das Nürnberger Verfahren einen Grundstein für eine neue Rechtsentwicklung darstellt. In verschiedenen Ländern, so in Amerika und in der Schweiz, haben einige seriöse und nicht nationalsozialistisch eingestellte Juristen ihr Erstaunen über den Prozeß zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß dieser Prozeß bloß äußerlich in rechtlichen Formen abgewickelt worden sei, aber tatsächlich nur einen politischen Prozeß darstellte, der einzig die politische Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit zur Grundlage nahm. Diese Leute sind sich entweder der wahren Bedeutung des Prozesses nicht bewußt oder wollen absichtlich aus einer konservativen Lebensauffassung heraus die Bedeutung nicht anerkennen, weil sie die Weiterentwicklung der in Nürnberg festgesetzten Grundsätze befürchten. Es ist deshalb nicht überflüssig, noch nachträglich ein Wort über die Bedeutung des Prozesses zu verlieren.